

UNSER ZIEL: DIE KINDERCHANCEN- STADT BERLIN

Beschluss des 17. Kleinen Landesparteitages

Berlin, 15. Juni 2022

Kinder sind der größte Reichtum unseres Landes. Trotzdem hat Armut gerade in unserer Stadt viel zu oft ein Kindergesicht. Berlin ist nicht nur Hauptstadt des wohlhabenden Deutschlands, es ist auch Hauptstadt der Kinder- und Familienarmut. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung in den vergangenen Jahren zusätzlich verschärft. Jedes vierte Berliner Kind wächst in einer Familie auf, die von Armut betroffen oder gefährdet ist. Dieser Zustand ist beschämend, er muss uns alarmieren und aufrütteln. Erst recht angesichts einer Inflationskrise, die viele Familien vor zusätzliche, existenzielle Probleme stellt.

Kinder müssen in einer Umgebung aufwachsen, die ihnen die besten Chancen für ihr zukünftiges Leben eröffnet. Das ist nicht nur Aufgabe der Eltern, es ist auch ein politischer Gestaltungsauftrag. Natürlich liegt es vor allem in der Verantwortung der Eltern, ihre Kinder mit den besten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, gesundes und erfüllendes Leben auszustatten. Wo aber Eltern dieser Aufgabe nicht nachkommen (können), da kommt es auf funktionierende staatliche Strukturen an. Als CDU Berlin sehen wir uns in der Pflicht, Kinder und Familien in schwierigen Lagen bestmöglich zu unterstützen. Denn wo Kinder sind, ist unsere Zukunft.

Die Zahl der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen ist in Berlin seit vielen Jahren sehr hoch. Im Jahr 2021 gab es in unserer Stadt rund 155.778 Kinder und Jugendliche, die in Familien lebten, die auf staatliche Unterstützungsleistungen wie Hartz IV angewiesen sind. Das ist deutlich mehr als im bundesweiten Durchschnitt. In den Bezirken Mitte und Neukölln ist dieser Wert mit 38 bzw. 40 Prozent besonders hoch. Ebenfalls besonders hoch ist auch die Armutsgefährdung bei alleinerziehenden und kinderreichen Familien. Die Corona-Pandemie hat die Lage für viele Familien zusätzlich verschärft: Geldnöte entstanden durch Kurzarbeit oder den Verlust von Arbeitsplätzen. Kindertageseinrichtungen, Schulen und so gut wie alle Freizeit- und Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche waren zeitweise geschlossen.

Kinderarmut bedeutet viel mehr als finanzielle Not. Sie wirkt sich auf die gesamte Entwicklung eines Kindes aus. Es geht um Kinder, die ohne Frühstück zur Schule gehen, die keine Vorbilder haben, wenn es um eine feste Beschäftigung geht und die Eltern morgens im Bett liegen bleiben, die nach den Ferien zum Thema „Mein schönstes Urlaubserlebnis“ nichts zu berichten, die zu Hause kein eigenes Zimmer und keine Ruhe zum Lernen haben und auch niemanden im Umfeld mit einem beruflichen Abschluss kennen.

Kinder in Armut wachsen wegen all dieser Umstände häufig sozial isolierter auf, haben schlechtere Bildungschancen und sind in ihrer Gesundheit deutlich stärker gefährdet als andere. Gleichzeitig steigt für sie das Risiko, selbst als Erwachsener in Armut zu leben. Über die individuellen Folgen für jedes einzelne Kind und jede einzelne Familie hinaus hat Kinderarmut deshalb auch eine gesellschaftliche Dimension. Sie trifft uns alle, denn sie geht mit enormen Folgekosten einher, die unserer Gesellschaft als Ganzes schaden.

Als Berliner Christdemokraten wollen und werden wir uns nicht damit abfinden, dass der Senat beim Kampf gegen Kinderarmut seit Jahren auf der Stelle tritt. Wir müssen uns mit allen Kräften und guten Konzepten gegen die Armutsdynamik in unserer Stadt stemmen. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Die Herkunft eines Kindes darf unter keinen Umständen über seine Zukunft entscheiden. Der Schlüssel zur Bekämpfung von Kinderarmut liegt für uns in einer abgestimmten und eng verzahnten Familien-, Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik nach dem Prinzip: „Fordern und Fördern“. Unser Ziel ist die KinderChancenStadt Berlin.

DER WEG ZUR KINDERCHANCENSTADT BERLIN

Vor über 30 Jahren haben die Vereinten Nationen die Rechte der Kinder in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben. Auch in der Berliner Landesverfassung sind die Rechte von Kindern verankert. Jedem Kind in Berlin und Deutschland stehen damit ausdrücklich Schutz, Förderung und Beteiligung zu. Als Christdemokraten verstehen wir den Schutz und die Förderung von Kindern und Jugendlichen als eine unserer wichtigsten Aufgaben. Alle Kinder haben ein Recht darauf, gesund und geborgen aufzuwachsen – mit den besten Chancen für ihr zukünftiges Leben.

Wir wollen, dass alle jungen Berlinerinnen und Berliner die Möglichkeit haben, das Beste aus ihrem Leben zu machen, ihre Fähigkeiten zu nutzen, ihre Potenziale zu entfalten und ihre Ziele zu erreichen. Diesem Anspruch hinkt Berlin deutlich hinterher. Für uns ist klar: Es gibt in Berlin kein Erkenntnis-, sondern ein Vollzugsdefizit. Berlin zur KinderChancenStadt zu machen, bedeutet die Regelstrukturen der Berliner Verwaltung auf Senats- und Bezirksebene so zu stärken, dass der Verfassungsauftrag auch tatsächlich eingelöst wird.

In der KinderChancenStadt Berlin sollen alle Kinder ungeachtet ihrer Herkunft oder ihres Elternhauses Zugang zu entscheidenden Bereichen des Lebens und zu einer Reihe wichtiger Dienste garantiert bekommen. Es ist höchste Zeit, den wichtigen Erkenntnissen der Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut Taten folgen zu lassen! Hierfür soll der für Familie zuständige Staatssekretär bei der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie die ressortübergreifende Koordinierung eines **„Chancenbündnisses“** übernehmen, das dem Abgeordnetenhaus in regelmäßigen Abständen Ergebnisberichte über die erzielten Fortschritte im Kampf gegen Kinder- und Familienarmut vorlegt.

Auf dem Weg zur KinderChancenStadt Berlin schlägt der CDU Landesverband Berlin darüber hinaus folgende Maßnahmen vor:

BESTE BILDUNGSCHANCEN FÜR JEDES KIND – VON ANFANG AN

Der Teufelskreis aus Armut, fehlenden Bildungschancen und daraus resultierenden schlechten Berufs- und Teilhabechancen lässt sich durch Geldleistungen allein nicht durchbrechen. Kinderarmut ist immer auch Elternarmut. Umso mehr liegt unsere Aufgabe darin, allen Kindern und Jugendlichen frühestmöglich und unabhängig von ihrer Herkunft, vom Bildungshintergrund und vom Geldbeutel ihrer Eltern die Möglichkeit auf einen erfolgreichen Bildungsweg zu eröffnen. Denn der wichtigste Schlüssel für persönlichen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe ist gute Bildung: Dazu gehören gute Sprachkenntnisse, verlässliche Kita- und Schulangebote, digitale Ausstattung der Bildungseinrichtungen, moderne Hochschulen und Weiterbildungsangebote für lebenslanges Lernen. **Das Fundament der KinderChancenStadt Berlin ist eine Bildungsgarantie.**

Für uns hat der **Ausbau der Kitaplätze** weiterhin Priorität. Berlin braucht dringend mehr Betreuungs- und Bildungsplätze für Kinder aller Altersstufen, gerade auch vor dem Hintergrund tausender Flüchtlingskinder aus der Ukraine. Dazu gehören für uns auch die Stärkung von flexibleren und längeren Betreuungsangeboten, wie der bedarfsgerechte Ausbau von 24-Stunden-Kitas, Betriebskindergärten, mehr Tagesmütter und -väter, der mobile Kinderbetreuungsservice MoKis oder „Leihgroßelterndienste“. Wir wollen Ganztagesangebote an den Grundschulen weiter stärken, weil die Belastung der Eltern nicht mit dem Beginn der Grundschule endet.

Berliner Kinder müssen von Anfang an bestmöglich gefördert werden. Dafür brauchen wir vor allem mehr und besser bezahlte Erzieherinnen und Erzieher, die auch wirklich Zeit für die Kinder haben. Erziehung ist mehr als Betreuung: Erzieherinnen und Erzieher müssen ihren Bildungsauftrag aus dem Berliner Bildungsprogramm wahrnehmen können. Deshalb müssen wir die Tätigkeit als Erzieherin oder Erzieher attraktiver machen und den Fachkräften von Anfang an das entgegenbringen, was ihnen zusteht: Wertschätzung und eine angemessene Bezahlung. Auch der bauliche Zustand vieler Kindergärten gibt Anlass zu großer

Sorge: Wir setzen uns deshalb für einen deutlichen Aufwuchs der Mittel für die Sanierung von Kindergärten ein, damit Kita-Plätze langfristig erhalten werden können.

Außerdem wollen wir eine Weiterbildungsmöglichkeit **„Sprache Plus“ für Erzieherinnen und Erzieher** einführen. Auf diese Weise wollen wir sicherstellen, dass die Sprachförderung der Kinder noch stärker in den erzieherischen Fokus gerückt wird. Nach bestandener Weiterbildung sollen Erzieherinnen und Erzieher eine Zulage erhalten. Fachkräfte, die diese Weiterbildung erfolgreich absolviert haben, sollen eine monatliche Zulage erhalten.

Die **Sprachförderung** für Kinder mit Sprachdefiziten muss mit dem Beginn der Kita über die gesamte Bildungslaufbahn hinweg systematisch gestärkt werden und endlich auch tatsächlich umgesetzt werden. Nur so können Entwicklungs- sowie Sprachdefizite frühzeitig erkannt und behoben werden. Bei erkannten Defiziten sind verpflichtende Fördermaßnahmen durchzuführen. Dies kann auch in anderen öffentlichen oder privaten Einrichtungen außerhalb der Kindertagesstätte umgesetzt werden. Wir fordern darüber hinaus eine Stärkung des Bundesprogramms "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" und eine Erhöhung der Mittel für die Bundesstiftung Frühe Hilfen.

Die Durchführung der **Berliner Einschulungsuntersuchungen** muss verpflichtend in den bezirklichen Gesundheitsämtern verbleiben, um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse sicherzustellen. Die Übertragung dieser Aufgabe auf niedergelassene Kinderärzte ist kontraproduktiv und führt zu einem Blindflug in der Versorgung von Schulkindern. Deshalb müssen die Gesundheitsämter angemessen für diese Aufgabe ausgestattet werden.

Kinder, bei denen bei der vorschulischen Sprachstandsfeststellung ein Förderbedarf festgestellt worden ist, müssen endlich auch eineinhalb Jahre vor dem Schulbesuch gefördert werden. Bestehende Vollzugsdefizite bei der Durchführung

der Sprachstandsfeststellung und der anschließenden Förderung der Kinder sind zu beseitigen. Nur so können wir allen Kindern die für den Schulbesuch erforderlichen Voraussetzungen rechtzeitig und altersangemessen vermitteln. In diesem Zusammenhang werden wir die **Vorschulklassen** in Berlin wieder einführen. Sie bieten die beste Möglichkeit, bereits vor dem Beginn der Schulzeit Sprachdefizite gezielt abzubauen und motorische Fähigkeiten zu fördern.

In den Grundschulen werden entscheidende Weichen für den Bildungserfolg eines Kindes gestellt. Alle Kinder müssen am Ende der Grundschulzeit das **Lesen, Schreiben und Rechnen** sicher beherrschen. Deshalb muss mehr Unterrichtszeit als bisher verpflichtend in das Erlernen dieser Grundfertigkeiten fließen. Leistungserwartungen beispielsweise beim Wortschatz oder beim Schriffterwerb müssen gehoben statt gesenkt werden.

Um Präventionsketten vor Ort zu stärken und Brüche im Übergang von der Kita zu den Grundschulen, zu den weiterführenden Schulen oder in die Ausbildung zu vermeiden, erachten wir es als zwingend, die **Kita- und Schulsozialarbeit zu stärken**. Die so genannte „Brennpunktzulage“ hat sich in der Praxis nicht bewährt. Stattdessen wollen wir mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen bzw. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, um die Lehrkräfte an den entsprechenden Schulen zu entlasten und die Schülerinnen und Schüler besser zu fördern. Außerdem sollen an Schulen in sozialen Brennpunkten in der Schuleingangsphase grundsätzlich zwei Lehrkräfte eine Klasse gemeinsam unterrichten, um den besonderen Anforderungen im Hinblick auf Inklusion und Migration Rechnung tragen zu können.

Nach der Schule darf uns keine Schülerin und kein Schüler verloren gehen. Wir setzen uns ein für eine **Berliner Ausbildungsgarantie**. Die Berliner Unternehmen sind für uns entscheidende Partner in der Ausbildung. Nur mit ihnen kann die Ausbildungsgarantie gelingen. Darüber hinaus müssen Ausbildungsinhalte

frühzeitig in allen Schulen thematisiert und praxisbegabte Schülerinnen und Schüler stärker als bisher gezielt an Ausbildungsberufe herangeführt werden.

Die Berliner Schulen benötigen Berufs- und Studienorientierung als ein eigenes Unterrichtsfach mit starker Vernetzung, Kooperation und Praxisorientierung mit regionalen Betrieben und Unternehmen vor Ort. Bereits jetzt werden von Lehrkräften vielerorts organisierte Betriebserkundungen bei örtlichen Wirtschaftsunternehmen sowie Berufsinformationsabende mit Unternehmensvertretern angeboten. Dieses Engagement der Lehrkräfte wollen wir unterstützen. So können Betriebe für ihre Ausbildungsberufe bzw. Praktikumsplätze über Erfahrungsberichte oder berufskundliche Darstellungen werben. Um direkte Kontakte herzustellen und individuelle Unterstützung zu geben, sollen zudem Orientierungslotsinnen und -lotsen direkt an Schulen eingesetzt werden, die selbst erfolgreich eine Berufsausbildung absolviert haben. So wird es möglich potentielle Schulabschlüsse und Übergänge in die Berufs- und Studienausbildung von der sozialen Herkunft zu lösen.

Wir wollen die Vernetzung zwischen Schulen und **Jugendberufsagenturen** unter Einbindung der Wirtschaft stärken, um die Betreuung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern, aber insbesondere auch Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern zu ermöglichen. Dazu ist insbesondere ein verbesserter Datenaustausch zwischen den Schulen und den Jugendberufsagenturen notwendig.

Um die Netzwerkarbeit innerhalb der Jugendberufsagenturen zu verbessern, muss zudem eine gesetzliche Grundlage zum Datenaustausch zwischen den Partnern (Jobcenter, Agentur für Arbeit, Senatsverwaltung, Bezirksamt) geschaffen werden. Auch die Personalausstattung der Jugendberufsagenturen muss verbessert werden, um auch jene Jugendliche zu erreichen, die den Weg zur Jugendberufsagentur nicht finden. Dazu wollen wir die aufsuchende Beratung der Jugendberufsagentur verbessern.

DER „BERLINER CHANCENPASS“ FÜR BESSERE TEILHABE IN SCHULE UND GESELLSCHAFT

Im Jahr 2011 hat die unionsgeführte Bundesregierung das Bildungs- und Teilhabepaket beschlossen, um Kindern aus einkommensschwachen Familien beispielsweise den Besuch von Freizeitveranstaltungen oder Nachhilfeunterricht zu ermöglichen. Das war ein wichtiger Schritt für mehr Teilhabemöglichkeiten und Chancengerechtigkeit. In den vergangenen Jahren zeigte sich jedoch, dass die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket aufgrund bürokratischer Hürden oft gerade nicht von denen in Anspruch genommen werden, die es am nötigsten bräuchten. Hinzu kommen erhebliche Informations- und Umsetzungsprobleme. Das muss sich ändern.

Wir werden einen **„Berliner Chancenpass“** einführen, mit dem wir einen unbürokratischen Zugang zu Bildung und gesellschaftliche Teilhabe insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen Familien ermöglichen. Der „Chancenpass“ soll alle Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung bündeln und entbürokratisieren. So könnte beispielsweise die Mitgliedschaft im Sportverein, das Erlernen eines Instruments in der Musikschule oder der dringend notwendige Mathe-Nachhilfeunterricht einfach ermöglicht werden. Der „Berliner Chancenpass“ soll als einfach und intuitiv bedienbare App verfügbar sein und so direkt von den Kindern z.B. als Eintrittskarte für den Besuch im Schwimmbad genutzt werden können. Über die mit dem „Chancenpass“ verbundene App sollen Kinder und Eltern Angebote direkt buchen können und darüber hinaus einen einfachen Überblick und Informationen beispielsweise zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen im Kiez erhalten.

Den „Berliner Chancenpass“ sollen alle Berliner Kinder erhalten. Er kann individuell mit Guthaben ausgestattet werden. Familien, die soziale Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder etwa Wohngeld beziehen, sollen automatisch ein pauschales Guthaben in Höhe von mindestens 50 EUR pro Monat für monatliche Freizeitaktivitäten und Bildungsleistungen erhalten. Auch Kinder aus Familien, die zehn Prozent über den rechnerischen Bedarfsgrenzen für Sozialleistungen liegen, sollen diese Bildungs- und Teilhabeleistungen über den „Berliner Chancenpass“

beantragen können. Diese Angebote sollen im Schwerpunkt an Kitas und Schulen im Rahmen des Betreuungs- und Ganztagsangebots vorgehalten werden.

NÄHER DRAN: DIGITALISIERUNG UND FAMILIENSERVICEBÜROS

Die Beantragung von Leistungen muss für alle Familien **einfacher, transparenter und unbürokratischer** werden. Unser Ziel ist es, dass perspektivisch alle wesentlichen Familienleistungen digital und gebündelt mit nur einem Formular beantragt werden können. Bereits bei der Ausstellung einer Geburtsurkunde sollen automatisch Kindergeld, Elterngeld und gegebenenfalls weitere familienpolitische Leistungen und Vergünstigungen beantragt werden können und zugleich ein statistischer Eintrag für die Prognose von zukünftigen Kita -und Schulplätzen erstellt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die **Familienservicebüros** in ihrem Leistungsumfang erweitert werden. Alle Leistungen, die Familien in unserer Stadt zustehen, sollen hier gebündelt beantragt werden können. Außerdem sollen Familien hier einen Ansprechpartner finden, der sie über alle staatlichen Familienleistungen aufklärt und sie bei der Beantragung unterstützt. Die Familienservicebüros sollen auch aufsuchend beraten. Damit wollen wir die vielfältigen Probleme an den Schnittstellen der unterschiedlichen Leistungen und Verantwortlichkeiten abbauen.

ALLEINERZIEHENDE BESSER UNTERSTÜTZEN

Berlin ist nicht nur „Hauptstadt der Kinderarmut“, sondern auch „Hauptstadt der Alleinerziehenden“. Gemessen an der Bevölkerungszahl leben hier die meisten Alleinerziehenden bundesweit. Im Jahr 2020 waren das rund 153.000 Haushalte, in denen insgesamt rund 222.500 Kinder unter 18 Jahren lebten. Damit lebt in fast jedem dritten Berliner Haushalt mit Kindern unter 18 Jahren nur ein Elternteil. 84 Prozent der Alleinerziehenden in unserer Stadt sind Frauen.

Der Spagat zwischen Beruf und Familie verlangt von alleinerziehenden Müttern und Vätern einen besonders großen Einsatz. Wenn Ehen oder Partnerschaften auseinandergehen oder ein Elternteil verstirbt, sind damit nicht nur emotionale Härten, sondern häufig auch spürbare finanzielle Einschnitte verbunden. Nur etwa die Hälfte der Alleinerziehenden kann ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen bestreiten. Diese Gruppe trifft jede Preiserhöhung besonders. Die aktuell hohe Inflation und die immer weiter steigenden Preise belasten Alleinerziehende daher besonders stark. Dazu kommt: Mehr als zwei Drittel aller alleinerziehenden Mütter sind laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung berufstätig, fast die Hälfte arbeitet mehr oder weniger Vollzeit. Auch aus diesem Grund wollen wir gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund erörtern, in welcher Form steuerliche Erleichterungen für Alleinerziehende realisiert werden könnten. Wir setzen uns dafür ein, dass der Entlastungsbeitrag künftig direkt von der Steuerschuld abgezogen werden kann (bisher wird nur das zu versteuernde Einkommen um diesen Betrag verringert). Außerdem setzen wir uns dafür ein, das Kindergeld beim Unterhaltsvorschuss nicht mehr anzurechnen. Wir wollen zudem die (präventive) Schuldnerberatung auch als aufsuchendes Angebot etablieren.

BESONDERE HERAUSFORDERUNGEN VON GETRENNT ERZIEHENDEN BEACHTEN

Immer mehr Eltern entscheiden sich nach einer Trennung dafür, Kind oder Kinder zeitlich je zur Hälfte getrennt zu betreuen. Auch diese getrennt Erziehenden sind in erhöhtem Maße auf verlässliche Öffnungszeiten und genügend Plätze in Kindergärten und Schulen angewiesen, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass künftig jeweils die Hälfte des Alleinerziehendenentlastungsbetrages den beiden getrennt erziehenden Eltern zur Verfügung steht. Ebenso wie bei Alleinerziehenden fordern wir, dass dieser Betrag künftig direkt von der Steuerschuld abgezogen wird.

ENTLASTUNGEN FÜR FAMILIEN SCHAFFEN

Geld ist nicht alles – aber ohne Geld geht vieles nicht. Die historisch hohe Inflationsrate stellt Familien vor ganz besondere, teils existenzielle finanzielle Herausforderungen. So vielfältig die Ursachen für die explodierenden Energiepreise und Kosten für Waren des täglichen Bedarfs sein mögen, so klar ist für uns auch: Der Staat darf sich in dieser Situation nicht als Preistreiber betätigen. **Wir fordern einen sofort wirksamen Belastungsstopp.** Der Senat und das Abgeordnetenhaus sollen bis auf Weiteres keinerlei Maßnahmen oder Regelungen treffen, die unmittelbar oder mittelbar zu einer finanziellen Mehrbelastung der Berlinerinnen und Berliner führen. Dieses Belastungsmoratorium soll so lange gelten, bis die Inflationsrate wieder auf den Durchschnitt der vergangenen dreißig Jahre gesunken ist.

Für staatliche Familienleistungen wollen wir einen **„Inflationsmechanismus“** einführen, um auf extreme Preissteigerungen besser reagieren zu können. Der für Energie-, Lebensmittel- und Bildungskosten vorgesehene Anteil der Leistungen soll sich künftig automatisch entsprechend der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Inflationsrate erhöhen. Damit wird den Bezieherinnen und Beziehern dieser Leistungen schnell und unmittelbar geholfen und sie müssen nicht auf die nächste reguläre Überprüfung und Festsetzung der Sätze warten.

Familien mit mindestens drei oder mehr Kindern sind finanziell besonders gefordert, weil sie beispielsweise deutlich größeren Wohnraum benötigen und einen besonders großen Teil ihres Familieneinkommens für Konsumausgaben des Alltags aufbringen müssen. Dies erschwert es vielen Familien, zusätzliche Ausgaben beispielsweise für die Freizeitgestaltung einzuplanen.

Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die staatlichen oder öffentlich geförderten Einrichtungen in Berlin mehr Vergünstigungen für Familien anbieten. Um speziell kinderreiche Familien zu unterstützen, soll bei den Familieneintrittskarten die Zahl

der Kinder einer Familie nicht begrenzt werden. Beim Wohnungsbau müssen auch die Bedürfnisse von Familien mit drei oder mehr Kindern mitgedacht werden und entsprechende Angebote bereitgestellt werden.

Um den besonderen Bedürfnissen von Familien mit mehr als zwei Kindern Rechnung zu tragen, wollen wir den BerlinPass stärken. So sollen kinderreiche Familien neben den Angeboten des Berliner Familienpasses auch Vergünstigungen in den Bereichen, Verkehr, Sport, Kultur, Bildung und Freizeit durch den BerlinPass erhalten.

KINDER- UND JUGENDARBEIT STÄRKEN

Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Kiezen ist eine wichtige präventive und pädagogische Leistung der Jugendämter und der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Hier werden allen Kindern und Jugendlichen interessante (Lern-)Angebote unterbreitet, von sportlichen Aktivitäten über Kunst und Musik bis hin zum praktischen Kochen und Werken oder um soziale Kontakte aufzubauen. Dabei stehen Fachkräfte und Peers zur Verfügung, die die Kinder und Jugendlichen begleiten und als verbindliche Bezugspersonen bereitstehen. Häufig sind diese Einrichtungen die einzigen Orte, an denen sie sich in einem geschützten Raum entfalten können. Deshalb müssen **Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen** der bezirklichen und freien Träger gut und auskömmlich finanziert sein. Der Senat muss einen Investitionspakt zur Modernisierung von Einrichtungen auf den Weg bringen und die Voraussetzungen für eine qualitativ gute personelle und sächliche Ausstattung schaffen.

EIGENINITIATIVE STÄRKEN – POLITISCHE MITWIRKUNG FÖRDERN

Kinder und Jugendliche in Armut existieren oft buchstäblich im sozialen Abseits. Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und gesellschaftliche Teilhabe sind für viele von Ihnen angesichts der knappen finanziellen Möglichkeiten kaum greifbar. Dabei ist die Ausbildung eines gesunden Selbstbewusstseins eine wichtige

Voraussetzung für sozialen Aufstieg und das Durchbrechen der Armutsdynamik. Denn auch wenn es die Aufgabe der Politik ist, jedem Kind eine möglichst breite Brücke zu bauen – darüber gehen muss jede und jeder Einzelne irgendwann selbst.

Wir wollen deshalb die Eigenständigkeit und Eigeninitiative von Kindern und Jugendlichen einerseits dadurch fördern, dass die **Anrechenbarkeit von Einkommen aus Schüler- und Ferienjobs sowie Ausbildungsverhältnissen** beim Bezug von Sozialleistungen durch die Eltern entfällt.

Darüber hinaus wollen wir neue Partizipations- und Teilhabemöglichkeiten von Kindesbeinen an schaffen, um frühestmöglich altersangemessene Mitwirkungsmöglichkeiten auch an politischen Entscheidungen zu geben. Hierfür sollen die Partizipationsformate insbesondere im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ auf ihre Kindertauglichkeit hin überprüft und verbessert werden.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass nach dem Vorbild des sogenannten „Seniorenparlaments“ auch ein **„Kinder- und Jugendparlament“** auf Landesebene eingerichtet wird, an dessen Zustandekommen die Schulen sowie die Kinder- und Jugendeinrichtungen Berlins in geeigneter Weise beteiligt werden. Auf diese Weise erlernen Kinder und Jugendliche frühzeitig demokratische Prozesse und erhalten eine Stimme im politischen Meinungsbildungsprozess auf Landesebene.

SPORT FÜR ALLE KINDER ERMÖGLICHEN

Für Kinder und Jugendliche gehören Bewegung, Spiel und Sport im Verein zu den wichtigsten und beliebtesten Freizeitbeschäftigungen. Sport eint, bildet, aktiviert, begeistert und integriert. Er trägt zur Ausbildung von Werten wie Respekt, Toleranz, Fairness, Wertschätzung, Einhaltung verbindlicher Regeln und Leistung bei. Kinder aus einkommensschwachen Familien sind im Vergleich zu anderen Gruppen allerdings nur unterdurchschnittlich oft in Vereinen aktiv. Das wollen wir ändern und

allen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an den vielfältigen Sportangeboten unserer Stadt ermöglichen.

Für viele Kinder und deren Familien ist die Schule der zentrale Ort des gesellschaftlichen Lebens. Deswegen wollen wir das **Angebot an nachmittäglichen Sport-AGs ausbauen**. Es soll eine Vielzahl an Sportarten bedient werden, zu denen auch das Schwimmen gehört. Hierfür gilt es, sowohl motivierte Lehrkräfte, als auch qualifizierte Trainer aus den Vereinen zu gewinnen. Das Engagement von Sportfachkräften außerhalb der regulären Unterrichtsstunden ist identitätsstiftend und trägt maßgeblich zur Motivation von Kindern und Jugendlichen bei. Die Teilnahme an Sport-AGs sollte das Interesse der Kinder an einer Sportart so weit stärken, dass die **Vereinsmitgliedschaft** für junge Menschen ein logischer nächster Schritt wird. Die Kooperationen mit den regionalen Vereinen müssen langfristig angelegt sein, damit Schulen Planungssicherheit haben. Zugleich wollen wir die Zusammenarbeit von Vereinen, Kitas und Schulen professionalisieren. Dazu werden wir insbesondere die Programme „(Profi-)Vereine machen Kita“, „Profivereine machen Schule“ sowie das Projekt „Berlin hat Talent“ weiterentwickeln. Außerdem sollen lokale Sportmanager eingesetzt, werden die eine bessere Vernetzung von Kita-, Schul- und Vereinssport sowie der weiteren wohnortnahen Sportangebote sicherstellen. Die Finanzierung von Vereinsmitgliedschaften wollen wir über den „Berliner Chancenpass“ auch für Kinder aus ärmeren Familien so einfach wie möglich gestalten.

KINDER GESUND AUFWACHSEN LASSEN

Es muss unser gemeinsamer Anspruch sein, dass alle Kinder in unserer Stadt gesund aufwachsen. Dazu leisten vor allem so genannte **Präventionsketten** einen entscheidenden Beitrag. Eine übergreifende Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern ist die Grundlage für das Gelingen der einheitlichen **landesweiten Präventionsstrategie**.

Wir wollen, dass sich alle Bezirke dazu verpflichten, Präventionsketten aufzubauen und eine integrierte bezirkliche Präventionsstrategie mit Mindeststandards erarbeiten. Diese soll das gesunde Aufwachsen von Beginn der Schwangerschaft bis zum Erreichen des Erwachsenenalters fördern und so die Bedingungen für ein chancengleiches gesundes Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt kontinuierlich verbessern. Der digitale „Berliner Chancenpass“ soll einen Überblick über sämtliche Präventionsangebote für Familien mit Kindern geben und auf diese Weise Eltern dabei helfen, die jeweils passenden Angebote zu finden und unkompliziert in Anspruch zu nehmen. Außerdem wollen wir die **Früherkennungsuntersuchungen** (U1 bis U11) im Rahmen des Einladewesens für die Eltern verbindlich (mit Bußgeldtatbestand) im Berliner Kinderschutzgesetz verankern. Jedes Kind soll regelmäßig einen Kinderarzt besuchen.

Darüber hinaus soll der „Berliner Chancenpass“ Familien einen stadtweiten, kostenfreien Zugang zu familien- und gesundheitsfördernden Angeboten bieten. Über die App sollen die Nutzerinnen und Nutzer in Kontakt beispielsweise mit den **Berliner Familienzentren** treten können. Diese wollen wir stärken, fördern und insbesondere mit Blick auf die Prävention von Kinderarmut weiterentwickeln. Denn sie beraten und betreuen vor allem junge Familien und bieten ihnen Orientierung, Unterstützung und konkrete Hilfen in vielen Fragen des Alltags an.

KINDER BESSER SCHÜTZEN

Der Kinderschutz in unserer Stadt muss weiter verbessert werden. Dazu wollen wir im Kinderschutzgesetz Berlin verbindlich für die Jugendämter eines jeden Bezirks ein **Kinderschutzteam** zentral mit entsprechender Ausstattung (Kinderschutzmobil, Smartphones, Tablets/Laptops) einrichten. Diese Teams sollen eine besondere Zulage (nach TV-L) erhalten. Kinder sollen eine kostenlose und per Messenger erreichbare einfache Rufnummer als Kinderschutztelefon bekommen. Auch eine **Anti-Mobbing-Strategie** soll im Berliner Kinderschutzgesetz verankert werden. Bei Mobbing- oder Gewaltgeschehen muss es eine Melde- und Reaktionspflicht der

Schulen geben. Mobile Anti-Mobbing-Teams in den Bezirken müssen zum Standard werden und sollen schnelle Hilfe bei solchen Vorfällen leisten.

Frauenhäuser bieten Frauen und Kindern Schutz vor häuslicher Gewalt. Gerade während der Pandemie sind die Zahlen häuslicher Gewalt gestiegen. Frauen suchen in Frauenhäusern aber häufig nicht alleine Zuflucht, sondern gemeinsam mit ihren Kindern. Leider gibt es kaum genug Plätze. Wir wollen die Platzkapazitäten in **Frauenhäuser ausbauen** – insbesondere mit ausreichend Platz für Frauen mit Kindern – und die dauerhafte Finanzierung der Frauenhäuser sicherstellen.

Eine zentrale Institution, die an der Grenze zum Einflussbereich der Jugendhilfe steht, wenn es um das Kindeswohl geht, ist das Gericht. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass ergänzende und **verpflichtende Schulungen von Familienrichtern** in Fragen des Kinderschutzes durch die Berliner Gewaltschutzambulanz sowie Hospitation in den Kinderschutzteams verbindlich werden.

Kinderschutz ist uns auch wichtig bei **verfestigter Kriminalität** in familiären Strukturen bzw. innerhalb des Familienverbands, wie zum Beispiel bei kriminellen Clanfamilien. Das Kindeswohl muss auch hier im Vordergrund stehen. Eine Koordinierungsstelle soll die bezirklichen Jugendämter darin unterstützen, entsprechende Verfahren bei den Familiengerichten zu führen.

FAZIT

Wir sind uns bewusst: Es braucht eine Vielzahl an Maßnahmen und einen langen Atem, um Berlin zu einer echten „KinderChancenStadt“ zu machen. Zu einer Stadt, in der alle jungen Menschen die Möglichkeit haben, das Beste aus ihrem Leben zu machen. Wir Berliner Christdemokraten stellen uns dieser Herausforderung, denn wir sind davon überzeugt: Die Zukunft unserer Stadt entscheidet sich an den Chancen, die wir unseren Kindern und Jugendlichen eröffnen.